

Sperrfrist: 02.12.2009, 18:30 Uhr



Rede

Industrieland Deutschland stärken

Grünkohlessen UV Nord
2. Dezember 2009

Redezeit: 30 Minuten
Es gilt das gesprochene Wort.
(weitere Anmerkungen Details)

Hauptgeschäftsführer
Dr. Werner Schnappauf

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Stand: 27.11.2009

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen,
lieber Herr Wachholtz,
meine Damen und Herren,
gerne hatte Herr Prof. Keitel die Einladung angenommen, heute Abend hier zu sprechen. Er hatte sich, wie ich weiß, auch ein bisschen auf diesen Abend gefreut, denn er sollte für ihn eine Premiere werden: nämlich sein erstes Grünkohlessen. Doch wenn die Kanzlerin die Spitzen der deutschen Wirtschaft kurzfristig zum Gipfel bittet, darf der BDI-Präsident nicht fehlen. Insofern hatte er keine Wahl zwischen Kanzleramt oder Kieler Schloss und musste Ihnen leider absagen. Ich wiederum muss Sie nun bitten, heute Abend mit mir Vorlieb zu nehmen, kann Ihnen aber zugleich versichern, dass ich hier im Wesentlichen Herrn Keitels Rede vortragen werde.

Und so nehme ich auch einen Satz auf, den er an den Beginn seiner Rede gestellt hatte und der gut zu diesem Abend passt, Luthers Aufforderung:

„Iss, was gar ist,
trink, was klar ist,
red, was wahr ist.“

Dass der Grünkohl gar sein wird, davon können wir ausgehen. Klares werden wir ebenfalls genießen, wenn ich die Gläser auf den Tischen richtig deute. Und dass ich auch dem dritten Imperativ Luthers genüge, darum will ich mich jetzt bemühen.

Zunächst möchte ich Ihnen, lieber Herr Wachholtz, namens des BDI zu Ihrer Wahl ins Präsidium des BDA gratulieren. Ich bin sicher, dass Sie dort – wie auch sonst hier im Land – die Interessen der norddeutschen Wirtschaft ausgezeichnet vertreten werden – so wie wir beim BDI auch unsere Belange beim UVNord als unserem Landesverband in Schleswig-Holstein in besten Händen wissen. Dafür danke ich Ihnen und der Geschäftsführung von Herzen.

Meine Damen und Herren,
wer in diesen Tagen behauptet, wir hätten in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Weltkrieg den Boden erreicht und stünden nun vor einem schweren Aufstieg, der befindet sich in guter Gesellschaft – zum Beispiel in der von Uli Wachholtz.

Sie haben auch gerade erst festgestellt: „Die norddeutsche Wirtschaft hat die Talsohle der Krise durchschritten und erlebt einen zaghaften Aufschwung, der im Jahre 2010 leicht an Fahrt gewinnen könnte.“

Nicht nur zwischen Nord- und Ostsee, auch bundesweit können wir zum Jahresende auf relativ erfreuliche Daten blicken:

- Der Ifo-Index hat sich im November wieder deutlich verbessert. Auch hellt sich der Erwartungshorizont der Unternehmen seit Monaten auf. „Die deutsche Wirtschaft“, stellt das Ifo-Institut fest, „arbeitet sich weiter aus der Krise.“
- Die Auftragslage hat sich verbessert, wir verzeichnen hohe Zuwachsraten, vor allem bei Bestellungen aus dem Ausland
- Und schließlich ist das Bruttoinlandsprodukt jetzt schon zwei Quartale hintereinander im Plus.

Doch wir müssen das ganze Bild sehen. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich weiter das Ausmaß der Krise: Da schrumpfte das BIP im dritten Quartal nämlich um 4,7 Prozent. Im zweiten Quartal war der Rückgang mit 7,0 Prozent aber noch schärfer ausgefallen.

Dass wir relativ schnell wieder auf einen, wenn auch zaghaften Wachstumspfad zurückgefunden haben, verdanken wir nicht zuletzt der Politik mit ihrem Krisenmanagement. Sie hat in schwierigen Zeiten die richtigen Instrumente bereitgestellt, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Das war richtig, kann aber keine Dauerlösung sein. Wir haben noch einen langen, steinigen Wiederaufstieg bis zum Niveau vor der Krise vor uns. Vielleicht kommen wir gerade erst in die Phase, in der unsere Unternehmen am verwundbarsten sind. Denn wir haben weiter mit ungelösten Problemen zu kämpfen und neue Herausforderungen zu meistern. Die Industrie, die Wirtschaft insgesamt braucht Geld. Staatliche Interventionen alleine reichen dafür ebenso wenig wie die – sicher verdienstvollen - KfW-Programme. Wir brauchen privates Geld von den Banken. Aber da hapert es nach wie vor: Über der Realwirtschaft schwebt das Damoklesschwert der mangelnden Liquiditätsversorgung. Gerade jetzt geht das Gespenst der Kreditklemme um.

Meine Damen und Herren,
die Finanzmärkte sind noch nicht stabilisiert und auch noch nicht geordnet. Wir müssen endlich umsetzen, was drei G20-Gipfel beschlossen haben.

Jetzt stehen die Banken in der Pflicht. Sie können sich Attentismus nicht leisten. Sie müssen uns so schnell wie möglich mit Liquidität versorgen. Die Firmenkunden von heute sind auch die Firmenkunden von morgen.

Es darf nicht passieren,

- dass gesunde Unternehmen aus der Wertschöpfungskette herausbrechen, weil sie nicht über genügend Liquidität verfügen können,
- dass dadurch die Erholung der Wirtschaft unnötig verzögert wird
- dass sich Kreditwirtschaft aus ihrer Verantwortung schleicht.

Der BDI steht in einem intensiven Dialog mit den Banken. Aber es zeigt sich auch, dass

Appelle allein nicht reichen. Wir müssen anerkennen, dass die Banken auch objektive Schwierigkeiten haben.

Ich will Sie hier mit den Details nicht langweilen, sondern nur die Stichworte

- Eigenkapital
- Rating Migration
- Refinanzierung

nennen. Das heißt, wir können das Problem nicht mechanisch lösen. Wir brauchen auch andere Produkte wie syndizierte Kredite, Projektfinanzierungen, langfristige Produkte oder strukturierte Finanzierungen. Das aufzusetzen geht nur mit Vertrauen.

Und da sehen wir beim BDI gleich eine neue Gefahr: Wenn die Banken das Kasino wieder eröffnen, vielleicht schon wieder eröffnet haben, wird es sehr schwer werden mit dem Vertrauen. Denn die Gesellschaft wird keine zweite Krise tolerieren.

Hier sind auch die Notenbanken gefordert. Ihr Abstimmungsbedarf ist besonders hoch. Denn eine nationale Exit-Strategie hilft gar nichts, sie schwächt nur die Konkurrenzfähigkeit der betroffenen Banken und damit der Wirtschaft. Aber so richtig es war, die Finanzmärkte mit Milliardenbeträgen zu versorgen, um die Erstarrung des Geldflusses zu verhindern, so wichtig ist es jetzt, die überschüssige Liquidität wieder kontrolliert abzubauen - ohne die fragile Balance erneut zu gefährden.

Also müssen wir wie Sebastian Vettel und seine Kollegen den idealen Bremspunkt finden, um sicher, aber auch so schnell wie möglich aus der Kurve kommen, um dann wieder beschleunigen zu können.

Ich könnte auch ein anderes Bild gebrauchen: Das billige Geld hat bei einigen auch wie ein süßes Gift gewirkt – und wir müssen bald zu einem kontrollierten Entzug kommen, der dann sicher für den einen oder anderen durchaus schmerzhaft werden könnte.

Dabei wird dann auch das Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu bestimmt werden müssen.

Wir laufen Gefahr, die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft aufzugeben, wenn der Ruf nach dem starken Staat nicht bald wieder leiser wird.

Es wäre fatal, wenn wir uns am Ende dieser Krise die Augen reiben und feststellen, dass wir bewährte Grundprinzipien unserer Wirtschaftsordnung über Bord geworfen haben – wenn wir etwa wichtige unternehmerische Freiheiten verloren haben.

Auch wenn wir erleben, wie sich in den letzten Monaten die Gewichte in Richtung Staat verschoben haben und manche Politiker in ihre Rolle als Retter nahezu verliebt sind, müssen wir mit aller Kraft daran arbeiten, unverzüglich das Gleichgewicht zwischen Privat und Staat wieder herzustellen.

Und das sieht so aus:

Die **Wirtschaft** steht für innovative Technologien und neue Konzepte, in einem Wort für Lösungen. Die kann niemand sonst liefern, nur die Wirtschaft selbst.

Die **Politik** auf der anderen Seite muss verlässliche Rahmenbedingungen setzen, damit neue Ideen erfolgreich wirken können.

Der Erfolg der deutschen Industrie war und ist fest an den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft gekoppelt – und damit an diese Aufgabenteilung. Und zu ihr wiederum gehört eine glaubwürdige Mischung aus Leitlinien und Kontrolle. Die war fehlerhaft und die müssen wir wieder herstellen. Und die muss den Unternehmen langfristig und zuverlässig genügend Raum geben, etwas zu unternehmen.

Die deutsche Industrie steht zur sozialen Marktwirtschaft. Freiheit, Wettbewerb, Leistung und Verantwortung müssen bewahrt und gestärkt werden. Das sind die Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut.

Das gesellschaftliche Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zu steigern, ist deshalb auch eine der wichtigsten Aufgaben für die Verbände – auf regionaler und nationaler Ebene.

Auch das gehört dazu, wenn wir davon sprechen, dass wir Wachstumsbremsen lösen müssen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

Es geht um das, was der BDI als Industrieland Deutschland proklamiert:

Industrieland Deutschland: Das beschreibt einerseits die Gegenwart:

Deutschland ist ein Industrieland. Es steht andererseits aber auch für die Herausforderung, die vor uns liegt: Das kommende Wachstum wird in der Industrie geschaffen, deshalb muss sie gestärkt werden.

Da sehe ich schon wieder, wie viele den Kopf schütteln. Jene nämlich, die uns weismachen wollen, Deutschland brauche ein neues Geschäftsmodell.

Die Exportabhängigkeit – das lehre die Krise ja gerade – sei gefährlich. Wir müssten umsteuern in Richtung Binnennachfrage. Und sowieso sei die Wissensgesellschaft im Wesentlichen eine Dienstleistungsgesellschaft. Nichts gegen einen starken Binnenmarkt und eine gestärkte Dienstleistungsbranche. Aber den Wohlstand und unser bisheriges Wachstum verdanken wir nun einmal der Exportindustrie. Es wäre doch wahrlich unsinnig, unser Erfolgsmodell völlig infrage zu stellen – wenn es doch gerade die Finanzdienstleistungsbranche anders aufgestellter Volkswirtschaften war, die die aktuelle Krise vom Zaun gebrochen hat.

Deswegen sage ich ganz klar: Ich halte es für absurd, für die deutsche Wirtschaft ein grundlegend anderes Geschäftsmodell zu propagieren.

Die deutsche Wirtschaft - um dieses Argument als erstes zu erledigen - wird und muss auch nach der Krise in hohem Maße exportorientiert sein.

Unsere konsequente Ausrichtung auf die internationalen Märkte hat uns angetrieben. Diese internationale Ausrichtung hat die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stetig verbessert. Und mit einem Anteil in Höhe von rund 90 Prozent dominieren industriell gefertigte Güter die deutschen Exporte.

Wir können stolz konstatieren: Unsere Unternehmen spielen Champions League! Und wir sollten und werden alles tun, damit sie weiter in dieser internationalen Liga spielen. Richtig ist: Wenn wir das Industrieland Deutschland stärken wollen, dann müssen wir den Blick über die Grenzen hinauswerfen.

Das gilt, obwohl die Hauptabnehmerländer in Europa und den USA mit geringeren Wachstumsraten werden leben müssen. Denn die wachsenden Märkte wie zum Beispiel in den BRIC-Staaten werden auch nach der Krise im Fokus der deutschen Industrie bleiben.

Die Entwicklungen in Brasilien, Russland, Indien oder China zeigen: Weltmarktorientierung muss das Geschäftsmodell Deutschlands bleiben.

Die deutsche Industrie verfügt über die Produkte und Lösungen für die internationalen Märkte. Und wenn sie ihre Stärken in Bereichen Cleantech oder Elektromobilität ausspielt, dann gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass wir die Erfolgsgeschichte unserer Exportwirtschaft um etliche Kapitel weiterschreiben können.

Dafür brauchen wir keine Subventionen, aber ein level playing field, soll heißen, gleiche Bedingungen für alle.

Die Industrie liefert die technischen Lösungen für die großen Herausforderungen der Welt: Klimawandel, Ressourcenschonung,

Demografie oder Urbanisierung. All das sind Themen, die die Menschen bewegen, und hier sind industrielle Produkte der Schlüssel.

Generell gilt überdies, was die Kritiker der Exportorientierung immer ausblenden: Ohne die Auslandsmärkte können wir gar nicht die Renditen erwirtschaften, auf denen unser Wohlstand basiert. Ich denke, das zeigt deutlich, dass wir an Weltmarktorientierung festhalten sollten.

Und noch ein Wort zum Binnenmarkt:

Der richtige wirtschaftspolitische Weg zu einer Stärkung der Binnennachfrage besteht in einer konsequenten_angebots- und wertschöpfungsorientierten Standortpolitik. Ziel muss es sein, so viel Wertschöpfung wie möglich am heimischen Standort rentabel zu machen. Im Fokus einer solchen Politik muss die Verbesserung der Investitionsbedingungen, auch für ausländische Direktinvestitionen in Deutschland stehen. Mehr Investitionen in Deutschland führen zu neuen Arbeitsplätze und zusätzlichem Einkommen und erhöhen nachhaltig die Konsummöglichkeiten. In diese Richtung wirkt auch die Beseitigung von Leistungsanreizen im Steuer- und Abgabensystem mit dem Ziel „mehr netto vom brutto“.

Andere Maßnahmen sind weniger geeignet, den Binnenmarkt nachhaltig zu stimulieren:

- von der Produktivitätsentwicklung entkoppelte Lohnerhöhungen würden nur die Lohnstückkosten am Standort Deutschland in die Höhe treiben, Investitionen unattraktiv machen, Arbeitsplätze vernichten und so letztlich die Binnennachfrage schwächen.
- eine staatliche Nachfragepolitik, die den privaten Konsum etwa durch Ausgabe von Konsumgutscheinen künstlich anzutreiben versucht, würde nur ein Strohfeuer entfachen und wäre auf Dauer nicht Erfolg versprechend.
- die Reduzierung der hohen Sparquote und die Umwandlung der Ersparnisse in Nachfrage ist kein Ziel führender Vorschlag. Eine hohe inländische Ersparnis erleichtert die Finanzierung von Investitionen. Auch vor dem Hintergrund der ungünstigen demografischen Entwicklung ist eine hohe Ersparnisbildung angebracht.
- auch die Währungspolitik bietet keine Ansatzpunkte zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage. Seit der Europäischen Währungsunion gibt es keine deutsche Geld- und Währungspolitik mehr, sondern nur noch eine europäische, die zudem für Überschuss- und Defizitländer gleichermaßen gilt.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: zur Idee vom Industrieland Deutschland gibt es keine Alternative.
Die Industrie ist der Pfeiler für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung

- Jeder vierte Euro, der in diesem Land erwirtschaftet wird, wird von der Industrie erwirtschaftet.
- Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland ist ein Industriearbeitsplatz.

Das zeigt: Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass wir eine so genannte Wissensgesellschaft ohne Industrie werden können.

Wo die Industrie stark ist, blüht auch die industrienaher Dienstleistung. Beide zusammen sind das Herz der deutschen Wirtschaft. Und ich bin zuversichtlich, dass es kräftig genug schlagen kann, um Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen.

BDI und BDA halten, wie der Sachverständigenrat, 2010 ein Wachstum von 1,6 Prozent für erreichbar. Aber: Diesen Anstieg dürfen wir nicht durch neue, zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte gefährden.

Meine Damen und Herren,
die Unternehmen – Industrie oder nicht – haben die Krise genutzt, um sich für die neuen Herausforderungen zu wappnen. Nun muss die Politik nachziehen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist ein weiterer wichtiger Baustein in diesem komplexen Mosaik. Schon um künftigen Generationen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir raus aus den Schulden. Und das ist nun wirklich kein Fall für Peter Zwegaat.

Die Spitzenverbände halten wie der Sachverständigenrat eine Doppelstrategie aus Wachstumsimpulsen und Einsparungen für den besten Weg zur Haushaltskonsolidierung. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss beachtet werden. Ohne Einsparungen in den konsumtiven Bereichen wird die Haushaltskonsolidierung nicht zu erreichen sein. Daher muss die Bundesregierung eine glaubwürdige und realistische Finanzplanung vorlegen. Wenn die Krise überwunden ist, müssen ab 2011 die notwendigen Einsparungen beginnen.

Meine Damen und Herren,
nun haben Sie im wahrsten Sinne des Wortes lange genug Kohldampf schieben müssen – um erst einmal, wie ich zugebe, schwere Kost geistig verdauen zu müssen. Aber die Zeiten sind nach wie vor nicht so, dass man im Plauderton darüber witzeln könnte. Dafür steht zuviel auf dem Spiel.

Ich bin sicher, das werden wir gleich in angeregten Gesprächen noch vertiefen. Darauf freue ich mich. Und natürlich auch auf den Grünkohl, die Palme Norddeutschlands. Und so will ich schließen mit einem Wort von Oscar Wilde.

Der meinte einmal: „Nach einer guten Mahlzeit kann man allen verzeihen, selbst seinen eigenen Verwandten“ – und ich hoffe Sie verzeihen auch mir dafür, dass ich Ihre Geduld so lange in Anspruch genommen habe.

Vielen Dank.